

Thüringer

Sozialdemokrat*innen
und Kommunist*innen

Kontraste, Konflikte und Kooperationen
in der Weimarer Republik

Dr. Steffen Kachel

Der Text ist eine redaktionell leicht bearbeitete Fassung eines Vortrags von Dr. Steffen Kachel am 25. Oktober 2018 in Erfurt im *Gedenkort Topf & Söhne* im Rahmen der Ausstellung »Die zwei Tode des Paul Schäfer. Legende und Lebensgeschichte eines Erfurter Kommunisten«.

Steffen Kachel
THÜRINGER
SOZIALDEMOKRAT*INNEN
UND KOMMUNIST*INNEN
KONTRASTE, KONFLIKTE
UND KOOPERATIONEN
IN DER WEIMARER REPUBLIK

VORWORT

Thüringen war in seiner Geschichte wiederholt ein Labor für neue, ungewohnte politische Konstellationen der Linken. Die erste rot-rot-grüne Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (DIE LINKE) ist bekannt, ebenso die Diskussionen seit der Landtagswahl im Oktober 2019, eine Minderheitsregierung zu bilden, da das Wahlergebnis keine der gewohnten politischen Konstellationen mehr zulässt.

Weitaus weniger ist bekannt, dass von Oktober 1921 bis zum Februar 1924 SPD und USPD im Land Thüringen unter Ministerpräsident August Frölich gemeinsam regierten – und dass es Ende 1923 sogar eine kurzlebige Koalition aus SPD, USPD und KPD gab. Thüringen, das ist mit Eisenach, Erfurt und Gotha die Geburtsstätte der Sozialdemokratie. Die hiesige Arbeiter*innenbewegung hat Geschichte geschrieben.

Mit der vorliegenden Arbeit »Thüringer Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen – Kontraste, Konflikte und Kooperationen in der Weimarer Republik« weist der Historiker Dr. Steffen Kachel vor diesem geschichtlichen Hintergrund auf zwei wichtige Aspekte hin:

Erstens arbeitet er die hohe Bedeutung stabiler linker Milieus in der Gesellschaft heraus. Das hat Bedeutung dafür, um Erfolge wie auch Niederlagen der politischen und gesellschaftlichen Linken zu verstehen, und auch, um Strategien für das Heute zu entwickeln. Sowohl DIE LINKE als auch ihr Umfeld, Gewerkschaften und linke soziale Bewegungen allgemein müssten wieder den Aufbau und die Stärkung linker Milieus in den Fokus ihrer Arbeit rücken. Die Zeit der klassischen Wahlparteien, die in Zweier- oder Dreier-Koalitionen und mit reiner Stellvertreter*innenpolitik agieren, scheint vorbei zu sein. Eine starke Linke, die tatsächlich Veränderungen erreichen will, braucht die Verankerung in der Gesellschaft – vom Kleingarten bis in Bewegungen wie *Fridays for Future*.

Zweitens zeigt Kachel deutlich den »rot-roten Sonderweg« im Land Thüringen auf – einen Kurs von SPD, USPD und KPD, der von den Vorgaben und Vorstellungen der Parteien im Reich deutlich abwich. Die Arbeiter*innenparteien und -bewegung setzten hier – stärker als anderswo – auf eine engere Zusammenarbeit. Zugespitzt gesagt: Die SPD war hier »linker« als

die Reichs-SPD, die KPD »rechter«. Das eröffnete immer wieder Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Verständigung.

Knapp 100 Jahre später ist in Thüringen aus dem rot-roten offenbar ein rot-rot-grüner Sonderweg geworden. Erneut wird das von den jeweiligen Parteigliederungen im Bund und in anderen Bundesländern skeptisch beobachtet. Doch angesichts des Aufstiegs der AfD, der Schwäche der gesellschaftlichen Linken und des Wandels des Parteiensystems ist sowohl die Frage stabiler linker Milieus und die Frage der Fähigkeit zur wechselseitigen Verständigung jener Parteien und Organisationen, die für – unterschiedliche – Modelle fortschrittlicher Politik und gegen den Rechtsruck stehen, existenziell.

Paul Wellsow

GESCHÄFTSFÜHRER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG THÜRINGEN

¹ Zum »rot-roten Sonderweg«: Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2011.

THÜRINGER SOZIALDEMOKRAT*INNEN UND KOMMUNIST*INNEN. KONTRASTE, KONFLIKTE UND KOOPERATIONEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

Vor 100 Jahren, im November 1918, wurden überall in Deutschland Menschen aktiv, meist aus der Arbeiter*innenschaft, um aus einer zusammenbrechenden militaristischen Monarchie in eine wie auch immer geartete Demokratie vorzustoßen – und um vielleicht sogar einen wie auch immer gearteten Sozialismus zu erreichen. Viele von ihnen hatten keine genaue Vorstellung, wie genau, aber es sollte anders, besser und menschlicher werden.

Je nachdem, in welcher Stadt man sich befand, wurden die Umwälzungen nach ersten spontanen Aktionen durch die Arbeiter*innen-Parteien und fast immer durch eine bestimmte Partei vorangetrieben. In Altenburg zum Beispiel hatte die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)* den *Arbeiter- und Soldatenrat* in der Hand und reformierte das politische System des Kleinstaates, im nur wenige Kilometer entfernten Gera war es die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)*, die die Prozesse kontrollierte. Das preußisch geprägte Erfurt dagegen war ein eher seltener Fall: Hier teilte man sich die Aufgaben. Nicht nur der *Arbeiter- und Soldatenrat*, sondern auch die linke Erfurter Zeitung *Tribüne* wurde nahezu kameradschaftlich von beiden Parteien gestaltet und gelesen, nachdem die Eigentümerschaft an die USPD gegangen war. Sogar die Einladung zur Gründungsversammlung der noch weiter links verorteten *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)* konnte Anfang 1919 als Anzeige in der *Tribüne* abgedruckt werden.

Wenn wir Antworten finden wollen auf die Frage, warum in einem Ort die SPD und 30 Kilometer weiter die USPD jeweils eine deutliche, erdrückende Mehrheitspartei vor Ort war, dann müssen wir uns die damaligen Kommunikations- und Lebensverhältnisse genauer anschauen, denn diese hatten auf die Politikbildung Einfluss. Vor Ort gab es bis zum Krieg als wichtiges Medium meistens eine Zeitung, die der Arbeiter*innen-Bewegung nahestand, zudem gab es ein Gewerkschaftskartell, eine SPD-Wahlkreisorganisation und je nach Größe der Stadt und des Umlandes eine oder mehrere Arbeiter-Kneipen, um die die gesamte politische Kommunikation zirkulierte. Wenn die wichtigen Multiplikator*innen vor Ort sich einig

waren, wie sie sich in Entscheidungsfragen verhalten sollten, konnten sie viele Menschen mitziehen. Zwar waren einerseits die parteipolitischen Ausrichtungen deutlich getrennt, andererseits kann von einem unversöhnlichen Kampf untereinander zu dieser Zeit keine Rede sein. Die Kontroversen der Kriegszeit wurden den als gemeinsam verstandenen Interessen der Arbeiter*innenschaft untergeordnet. Wie lässt sich das erklären?

Das sozialistische Arbeiter*innen-Milieu

Die wichtigste Antwort darauf gibt uns das Milieu, genauer das sozialistische Arbeiter*innen-Milieu – eines von drei grundlegenden Milieus, die die Forschung heute für die Zeit des Kaiserreiches und der Weimarer Republik anerkennt. Für die Zuordnung einer Familie oder Person in ein Milieu muss ein bestimmter Kontext von kommunikativen, sozialen, kulturellen und gesinnungs-gemeinschaftlichen Bezügen vorliegen, der gerade nicht von vornherein alle Angehörigen einer sozialen Schicht oder Klasse umfasst. Obwohl sich das sozialistische Arbeiter*innen-Milieu selbst als Synonym der Arbeiter*innenklasse verstand, konnte es weder im Kaiserreich noch in der Republik tatsächlich die Mehrheit der eigenen Klasse integrieren. Es trat immer regional auf. Im Grunde kann man nicht von *dem* sozialistischen Arbeiter*innen-Milieu sprechen, sondern von vielen. Im Milieu trafen sich demnach Anhänger*innen verschiedener politischer Richtungen und Menschen, die bei grundsätzlicher Übereinstimmung zu den Milieugrundwerten, keiner Partei folgten, sondern es vorzogen, parteipolitisch unabhängig zu bleiben.

Gerade an der Entwicklung in den verschiedenen Thüringer Regionen lässt sich ablesen: Dort, wo zur Wahl einer Arbeiter*innenpartei massenhaft die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, das Lesen einer sozialdemokratischen oder kommunistischen Zeitung, Freizeitaktivitäten in den milieueigenen Sport-, Jugend- oder Kulturorganisationen und der regelmäßige politische Austausch mit den Arbeitskolleg*innen hinzukam, erlangte die Anhänger*innenschaft der sozialistischen Parteien eine hohe Stabilität. Dort konnte sie, etwa in Altenburg und Gera, gegen Ende der Republik bei Wahlen lokale Mehrheiten auch gegen die faschistische Herausforderung verteidigen. Dort, wo eine solche Einbindung der Arbeiter*innen und ihrer Familien nicht bestand, etwa in Apolda und in weiten Teilen Südthüringens, bröckelte der im Schwung der Revolution 1918/20 aufgebrandete

Zuspruch für das linke Wähler*innenlager rasch wieder. Dort kam es oft schon lange vor der Wirtschaftskrise 1929 und vor dem Aufstieg der NSDAP zu einem deutlichen Rückgang des Einflusses der Linksparteien.

Das Arbeiter*innen-Milieu in Thüringen

Zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich in Thüringens Regionen sozialistische Milieus entwickelt – und zwar unter den Bedingungen einer stark gegliederten und sehr kleinteiligen Siedlungsstruktur sowie einer handwerklich orientierten, nach Branchen hochgradig differenzierten Erwerbslandschaft. Ihre Kraft lässt sich mit wenigen Zahlen illustrieren: Der *Arbeitersängerbund* etwa vereinigte 1913 in seinen 121 Thüringer Ortsgruppen über 6 000 Mitglieder – genauso viele wie der Schwesterverband in der viel größeren deutschen Hauptstadt. Noch in der Zeit der Republik lag Thüringen mit 158 Einwohner*innen je Arbeitersänger vor Sachsen mit 161 und der Rhein-Main-Region mit 164. Auch der *Arbeiter*innensport* und die *Volksbühnen-Bewegung* fanden in Thüringen fruchtbaren Boden. So vereinte die *Volksbühne Klosterlausnitz* 1926 mit 400 Mitgliedern 17 Prozent, Stadtroda mit 840 Mitgliedern 20 Prozent und Orlamünde mit 500 Mitgliedern sogar 25 Prozent der erwachsenen Einwohner*innenschaft. Die *Volksbühnenvereine* organisierten Theater- und Konzertbesuche, den Bezug kultureller Zeitschriften und die Aufführung linksorientierter Filme.

Thüringen zählte auch zu den Hauptwirkungsfeldern des *Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands*. Aus einem radikal verstandenen christlichen Auftrag ordneten sich die religiösen Sozialist*innen zwischen SPD und KPD ein, wobei sie parteipolitische Geplänkel mieden und die Spaltung der Arbeiter*innenbewegung zu überwinden trachteten. Für sie engagierten sich in Thüringen unter anderem die Pfarrer Emil Fuchs, Dr. Carl Vogel, Karl Kleinschmidt, Aurel von Jüchen und Erich Hertzsch, die alle auch überregional an Bedeutung gewannen. Dem *Bund der religiösen Sozialisten* gehörten weitere wichtige, meist linkssozialistisch orientierte Vertreter*innen der Arbeiter*innenbewegung an, zum Beispiel der Polizeiführer Hermann Worch. Ihr Einsatz für den Volksentscheid zur Enteignung der Fürsten und für eine klare Trennung von Staat und Kirche brachte ihnen bei den Kirchenratswahlen im November 1926 knapp 20 000 Stimmen und sieben von 63 Sitzen im Landeskirchenrat.

Bei den *Freidenkern* wiederum finden sich der hervorragende Autodidakt Otto Jenssen, Lehrer an der sozialistischen Heimvolkshochschule Schloss Tinz bei Gera, der SPD-Landtagsabgeordnete Erich Mäder und der kommunistische Gothaer Schulleiter Walter Lindemann. Auch die den *Freidenkern* nahestehende *Bewegung für eine weltliche Schule* war in Thüringen verankert. 1921 kam auf dem Zenit der Einflussentfaltung des sozialistischen Lagers nach der Novemberrevolution mit knapper Mehrheit eine sozialistische, von der KPD tolerierte Landesregierung unter Ministerpräsident August Frölich (SPD, Altenburg) ins Amt, die wichtige Reformbestrebungen der Arbeiter*innenschaft gegen den wütenden Widerstand des national gesinnten Bürger*innentums durchzusetzen versuchte. Dazu gehörten die Schulreform des Volksbildungsministers Max Greil (USPD), eine durchgreifende Verwaltungsreform unter dem Innenminister Karl Hermann (USPD) sowie steuerpolitische und beamtenrechtliche Maßnahmen, die der Umverteilung von Lasten und der Sicherung der Republik dienen sollten.

Die Bestrebungen von *religiösen Sozialisten*, *Freidenkern* und *Schulbewegung* korrespondierten mit dem sogenannten »Kultursozialismus« der Thüringer SPD. Der Kultursozialismus wird als spezifische Form sozialdemokratischer Landes- und Kommunalpolitik verstanden, die sich auf eine dichte soziale, politische und kulturelle Infrastruktur stützt und über deren Ausbau, nicht primär über Wahlen, die gesellschaftliche Hegemonie sozialistischer Elemente erreichen werden soll. Für die Thüringer SPD bedeutete dies, dass die politische Bildungsarbeit einen hohen Rang einnahm und den Geist bildende Organisationen und Ansätze gefördert wurden: von den *Naturfreunden* über die *Volksbühne*, die *Kinderfreunde*, die *Jugendweihe*, die *Freidenker* mit ihrer Kirchenaustrittsbewegung, bis hin zum Erlernen internationaler Sprachen und vieles mehr.

Nahmen 1923 in Gera etwa 26 Prozent der Schulabgänger*innen an der Jugendweihe teil, waren es fünf Jahre später bereits 50 Prozent. Im Umfeld der in Ostthüringen organisierten Arbeiter*innenschaft ging die konfessionelle Bindung während der Republik jedes Jahr um einige Prozent zurück. In Ostthüringen erreichte die Organisationsdichte der Parteien, der Gewerkschaften, Genossenschaften und Kulturorganisationen (also die Zahl der Einwohner*innen je Mitglied dieser Organisationen) reichsweite Spitzenwerte. Mit einigem Abstand folgten Erfurt und die Mittelstädte West- und Nordthüringens: Gotha, Eisenach, Nordhausen.

Dem stand eine deutliche Schwäche der sozialistischen Milieus in den agrarisch geprägten Gebieten (Landkreis Weimar sowie die Kreise Weißensee, Langensalza und Mühlhausen) und in den Südthüringer Industrie-Regionen gegenüber. In Südthüringen war der Anteil der Industriearbeiter*innen an der Erwerbsbevölkerung in vielen Orten zwar so hoch wie sonst nur in Großstädten und die sozialistischen Parteien hatten hier nach der Revolution hervorragende Wahlergebnisse erreicht. Aber: Nur wenige Südthüringer Arbeiter*innen wurden Mitglied einer Gewerkschaft, die Dichte der *Freidenker*, *Naturfreunde*-, Sport- und Chorgruppen rangierte unter dem Reichsdurchschnitt. Die Hauptursache für diese Schwäche muss in der in Südthüringen vorherrschenden Kleinindustrie und ihrem ausgeprägten Heimgewerbe gesehen werden. Für die Heimarbeiter*innen fand Produktion in der Familie statt. Im ständigen Kampf ums Dasein verfügten sie nur über marginale Möglichkeiten, in der Gruppe einer kulturellen oder politischen Betätigung nachzugehen, es mangelte gar überhaupt an sozialen Kontakten.

Wenn vom sozialistischen Milieu der Weimarer Republik die Rede ist, so ist zu bedenken, dass es sich – wie im Kaiserreich – in den Betriebsmilieus, bei kulturellen und politischen Freizeitaktivitäten und erst recht bei der Mitarbeit in Vereinen und Genossenschaften überwiegend um männliche Akteure gehandelt hat. Nur langsam öffneten sich die Strukturen für die Mitarbeit von Frauen und Jugendlichen. Zwar spielten die Frauen für das Funktionieren der Milieuzusammenhänge eine wichtige Rolle, denn ihre Position in der Wertevermittlung an die Kinder und bei der Pflege der familiären und nachbarschaftlichen Beziehungen war fundamental. Doch nur in der Ostthüringer Textilindustrie prägten sie bereits seit dem Weltkrieg auch das Betriebsmilieu entscheidend mit. Auch hier eine Zahl: 1929 waren beispielsweise nur 20 Prozent der Thüringer SPD-Mitglieder Frauen.

Ich will dieses Milieu und den Begriff etwas näher bestimmen. Einige Autoren bezeichnen es einfach als »Arbeitermilieu«. Dagegen spricht, dass in den katholischen Gegenden Deutschlands, etwa im Rheinland, größere Teile der Arbeiter*innenschaft stabil in ein ganz anderes Milieu integriert waren – nämlich in das katholische. Hier gab es eine andere Werteordnung, andere Traditionen und andere Lebensmaximen. Das katholische Milieu setzte der Ausbreitung der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in diesen Regionen deutliche Grenzen. Auch der Begriff

»sozialdemokratisches Milieu« erscheint unscharf, da er sich zu stark auf die SPD bezieht und den subkulturellen Einfluss anderer Strömungen vernachlässigt, etwa der Anarchist*innen und der Kommunist*innen. Gerade in Thüringen geht das für die Weimarer Republik nicht auf, denn hier hatte sich im Ergebnis der Auseinandersetzungen um Krieg und Revolution eine erhebliche Verankerung auch von USPD und später KPD ergeben. Typisch für das Verhältnis von Thüringer SPD und KPD war, dass man sich trotz der harten Auseinandersetzungen als selbstverständlich gegebene natürliche Verbündete auffasste.¹

Politische Färbung

Der Historiker Detlef Schmiechen-Ackermann spricht davon, dass örtliche Milieus über eine eigene, möglicherweise langfristig stabile politische Färbung verfügen können. Seiner Auffassung nach hat es bereits lange vor 1914, also noch zu Zeiten einer einheitlichen SPD, »radikal« und »reformistisch« eingestellte sozialistische Lokalmilieus gegeben. Er hält es für möglich, dass diese lokalen Unterschiede während des Kaiserreiches sogar größer gewesen sein könnten als später in den Jahren der Republik.

Die Gründung der USPD 1917, der KPD 1919, die Spaltung der USPD 1920 und die Wiedervereinigung der Rest-USPD mit der SPD 1922 – all diese Ereignisse, die von der Reichsebene ausgingen, setzten viele Akteur*innen im sozialistischen Milieu unter Entscheidungsdruck: Ging man mit in eine neue Konstellation oder war die alte doch die richtige? In dieser Situation kam den vor Ort anerkannten Multiplikator*innen des Milieus eine entscheidende Bedeutung zu, noch dazu in einer von patriarchalen Strukturen geprägten Kultur. Infolge der in Thüringen oft bereits in wilhelminischer Zeit radikaler eingestellten Milieus und der starken Konflikte um die Haltung zum Krieg waren im April 1917 fünf von 13 Thüringer SPD-Kreisorganisationen ganz und drei weitere mehrheitlich in die in Gotha gegründete USPD übergetreten. Die Auseinandersetzungen um die Entmachtung der Arbeiter- und Soldatenräte und die Absage an die Sozialisierungsforderungen der Arbeiter*innenschaft nach der Revolution erzeugten

¹ Zum rot-roten Sonderweg in Thüringen, siehe: Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Böhlau Verlag, Köln, 2011; Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Demokratisch-sozialistische Reformpolitik in den 1920er Jahren in Thüringen, in: Hennig-Wellsov, Susanne (Hg.): Mit Links regieren? Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht, VSA Verlag, Hamburg, 2015.

1919 einen weiteren Radikalisierungsschub – bei der Reichstagswahl 1920 konnte die SPD des Reichspräsidenten Ebert in Thüringen nur noch halb so viele Wähler*innen mobilisieren wie die USPD. Die USPD wurde sechs Monate vor ihrer Spaltung mit 30 Prozent stärkste Partei. Die besondere Stärke der USPD gab der KPD ab 1920 Masse und brachte ihr eine regionale Verankerung im Milieu – anders als in weiten Regionen Nord-, West- und Süddeutschlands, wo sich die KPD örtlich fast überall in der Rolle der kleineren Flügelpartei am Rand des Spektrums wiederfand. In Thüringen hielten Kommunist*innen in den 1920er-Jahren die Mehrheit in etlichen Ortskartellen des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB) – so in Erfurt, Gotha und Suhl – sowie in vielen Zahlstellen von Berufsverbänden, zum Beispiel in der Metall-, Holz-, Textil-, Porzellan- und Schuhindustrie. In den Gewerkschaften, aber auch bei den *Freidenkern*, im Konsum und im Arbeiter*innensport hatten KPD-Vertrauensleute in Thüringer Kreisen bis 1929 nicht selten hauptamtliche Wahlfunktionen inne.

Was den Blick auf die KPD-Mitglieder betrifft, so wendet sich der Historiker Klaus Michael Mallmann dagegen, diese in der Geschichtsschreibung »zu bloßen Befehlsempfängern des Kremles ohne eigene Interessen und Wünsche« zu degradieren. Wenn in den Diskussionen der KPD-Leitungen ständig das Auseinanderfallen von Parteilosungen und Praxis beklagt worden sei, so habe genau das viel mit dem Milieu und der Einbindung der kommunistischen Mitglieder in örtliche Zusammenhänge zu tun.²

Auch in der SPD gab es einen Spalt zwischen Milieu und Basis einerseits und offizieller Politik andererseits. So waren gerade in Thüringen viele SPD-Mitglieder mit dem Einsatz ihrer Partei für Reformen, Republik und Partizipation nicht zufrieden, sondern sahen sich immer noch – wie zur Zeit August Bebel's – als Mitglieder einer letztlich auf die Überwindung des Kapitalismus zielenden Gemeinschaft. Die Losung der *Jungsozialisten* »Republik – das ist nicht viel – Sozialismus ist das Ziel!« hatte in Thüringen in den 1920er-Jahren auch in der Partei bei vielen einen guten Klang. Ob die Einschätzung des Politikwissenschaftlers Peter Lösche zutrifft, nach der »das Wohlfühlen der SPD-Basis in der Totalopposition des Kaiserreiches« die gewollte Öffnung der Partei hin zu den Mittelschichten verei-

² Mallmann schrieb: »Was unter den Topoi ›Opportunismus‹ oder ›rechte Abweichung‹ in unzähligen Versammlungen und Parteitagten verhandelt wurde, meinte im Grunde Milieu, meinte die Tatsache, dass die Mitglieder weder frei schwebende Individuen waren noch reine Befehlsempfänger der Komintern, die gewissermaßen auf Knopfdruck funktionierten, sondern im Beziehungsgeflecht der vielfältigen proletarischen Lebensbereiche ihre Bedürfnisse und Interessen artikulierten.«, vgl.: Mallmann, Klaus Michael: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1996.

telt hat, bin ich mir nicht sicher. Bekannt ist jedenfalls: Die politischen Resolutionen der Thüringer SPD-Bezirksparteitage für eine zupackende, sozialistische Politik kamen damals beim Parteivorstand nicht gut an. Zusammenfassend lässt sich sagen – im Gefolge der nach dem Krieg und der Revolution starken USPD nebst einer entsprechenden Vorgeschichte wich in Thüringen die KPD- und die SPD-Politik von der Politik der Reichsparteien ab: die SPD-Politik nach links, die KPD-Politik nach rechts.

Gemeinsame Aktionen

Es waren die aus den Milieus hervorgehenden Adhäsionskräfte, die, trotz parteipolitischer Spaltung, immer wieder gemeinsame Aktionen über Parteigrenzen hinweg ermöglichten. Es ist bis heute kaum bekannt und war damals auch in vielen anderen Teilen des Reiches nicht denkbar, dass in Thüringen 1926 und 1927 in etlichen Orten Mai-Feiern stattfanden, die örtlich von ADGB, SPD und KPD gemeinsam organisiert wurden.

Bis 1928/29 finden sich Belege für eine gemeinsame Nutzung von Volkshäusern, Lokalen und Sportplätzen und die zugleich harte Konkurrenz beinhaltende Zusammenarbeit in den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, Elternvereinigungen und Betriebsräten. Die Gaststätte »Felsenkeller« in Bad Langensalza wurde beispielsweise bis in die zweite Hälfte der 1920er-Jahre kooperativ von beiden Arbeiter*innenparteien, ihren Jugendverbänden, dem ADGB und dem *Arbeitersport* genutzt. Noch im Mai 1929, zu einer Zeit, als sich das Klima zwischen SPD und KPD reichsweit stark zuspitzte, druckte das *ATSB-Kartell Langensalza* in seiner Festschrift zur Weihe eines neuen Sportparks Werbeanzeigen von SPD und KPD nebeneinander und verkündete dazu, der neue Platz sei »Zeugnis von der Kraft unserer Organisation und was Einheit der Arbeiterbewegung zu schaffen vermag«.

Bei der Bestimmung ihrer Landespolitik entschied sich die Thüringer SPD zwei Mal, 1927 und 1929, angesichts der Unmöglichkeit einer Mehrheitsbildung mit der KPD, gegen den Eintritt in eine bürgerliche Regierung. Thüringer Delegierte kritisierten auf Reichsparteitagen der SPD regelmäßig die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien und forderten eine auf den Kultursozialismus gestützte Klassenpolitik ein. Vom letzten Landeschatzmeister der Thüringer SPD vor 1933, Willy Eberling, stammt der in

den 1960er-Jahren geäußerte Satz: »Buchstäblich bis 5 Minuten nach 12 hofften wir gemeinsam mit dem größten Teil unserer sächsischen und Berliner Genossen vergeblich darauf, dass es möglich sei, die erforderliche Wende in der Politik der vSPD durchzusetzen.« Eberling jedenfalls meldete sich 1945 bei der Neugründung der Parteien bei der KPD an. Doch dort war in der Weimarer Zeit beileibe auch nicht alles glatt gelaufen: Bis 1929 hatten hier Funktionäre maßgeblichen Einfluss, die, wie Albin Tenner und Hans Tittel, auf dem rechten Flügel ihrer Partei standen. Dieser Flügel hatte in Thüringen einen seiner Schwerpunkte im Reich und war bestrebt, den Einfluss der Kommunist*innen vor allem über die Arbeit in den Gewerkschaften und in der Kommunalpolitik auszuweiten. Zwar war auch diese Richtung der Weltrevolution verpflichtet, aber ihre Vertreter*innen gingen von der Aufgabe aus, stetig an einer Verbreiterung der Basis für eine konsequent proletarische Politik zu arbeiten. Dabei war es notwendig, mit der SPD um die bessere Interessenvertretung für die Arbeiter*innen zu konkurrieren, auf bestimmten Feldern aber auch mit ihr zu kooperieren, um das Vertrauen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen zu erringen. Spätestens seit 1922 war die Bezirksorganisation Groß-Thüringen der KPD durch den Widerspruch zwischen den gewerkschaftlich orientierten Rechten um Tittel und Tenner und den zum Putschismus neigenden, aber in die Minderheit gedrängten Linken um Karl Korsch und Otto Geithner gekennzeichnet.

Nachdem die Linksregierung Ende 1923 am Reichswehr-Einmarsch und einer folgenden Wahlniederlage gescheitert war, kam es 1925 zu einem neuen Hoch der Zusammenarbeit, als KPD und SPD vielerorts gemeinsam das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung in Angriff nahmen. Im Zusammenhang mit dem Volksbegehren entstanden in etlichen Orten sogenannte Einheitskomitees, in denen richtungsübergreifend gearbeitet wurde. In Thüringen gaben beim Volksbegehren 43,8 Prozent der Stimmberechtigten ihre Stimme für die entschädigungslose Enteignung ab, sie lagen damit satte zehn Prozent über dem Reichsdurchschnitt. Vertreter*innen des Zentralkomitees, die regelmäßig an den Sitzungen der Bezirksleitung teilnahmen, beobachteten die Entwicklung der Thüringer KPD allerdings mit Sorge. In Berichten schimpften sie über die »Unterschätzung des Kampfes gegen die SPD«. Auch der in der Partei deutlich weiter linksstehende Reichstagsabgeordnete Dr. Theodor Neubauer ärgerte sich in Berlin über die Genoss*innen zu Hause: Die Losung des Bezirksparteitages 1926 »Thüringen muss wieder rot werden« sei, so ließ er sich ver-

nehmen, Opportunismus in stärkster Potenz, denn sie sei offensichtlich auf ein erneutes Bündnis mit der SPD gerichtet. Die Weltwirtschaftskrise, die Beschlüsse des 6. Weltkongresses der *Kommunistischen Internationale* im Juli 1928 zum verschärften Kampf gegen die Sozialdemokratie und die brachiale Absetzung der Thüringer Bezirksparteileitung der KPD von Berlin aus mit vielen Parteiausschlüssen (und der folgenden Gründung der KPD-Opposition, KPO) Ende des Jahres 1928 veränderten in Thüringen die Szene, aber natürlich nicht alle Mitglieder an der Basis. Fünf der sieben Mitglieder der Landtagsfraktion traten aus der Partei aus.

Entscheidung für SPD oder KPD

Abschließend möchte ich zwei Biografien beispielhaft vorstellen. Wer sich näher mit Biografien aus dem Bereich der Arbeiter*innenbewegung der Weimarer Zeit befasst, wird feststellen, dass es ein verblüffend breites Feld der Erlebnisse, Motivationen, Entscheidungen und Abläufe gibt.

Fast jede Biografie hat ihren »Bruch«. Die Biografien selbst bieten Einblicke in eine Zeit, als die Politik die Lebenswege von Menschen auf eine sehr viel direktere Art betraf und veränderte, als das heute gemeinhin der Fall ist.

HERMANN SCHULZE

prägender Kommunalpolitiker der Thüringer KPD

1897: in Untermaus bei Gera als Sohn einer Weberfamilie geboren, Vater Gewerkschaftsmitglied, Kindergruppe des *Arbeiterturnvereins*

1911: mit 14 Jahren Mitglied der *Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ)*

1915: Schlosserlehre, 1916, mit 19 Jahren in die SPD eingetreten; Teilnahme an der Osterkonferenz in Jena (Karl Liebknechts Rede zu antimilitaristischen Vertretern Thüringer Jugendgruppen unter Irreführung der Polizei)

Anfang 1919: Beteiligung an der KPD-Gründung in Gera

1920: Mitglied des Aktionsausschusses gegen den Kapp-Putsch; Stadtverordneter in Gera, Mitglied der Gauvorstände von *Roter Hilfe* und *Roter Frontkämpferbund (RFB)*

1925: ehrenamtliches Mitglied der Bezirksleitung der KPD, verantwortlich für Kommunalpolitik, rechter Flügel
Ende 1928: Parteiausschluss, KPO
 1933: Verhaftung, Verbindung zur illegalen Geraer SPD – illegale Arbeit
 1939: Einberufung zur Wehrmacht, Einsatz zur Bewachung von Kriegsgefangenen
 1943: wegen Verdachts auf Kollaboration mit dem Feind verhaftet, kam 1945 frei
 1945: Anmeldung in Gera bei der SPD, Bürgermeister von Untermaus und Stadtrat, Vorsitzender des Wohnungsausschusses
 1946: Delegierter zum Vereinigungsparteitag in Gotha
 1948: als Treuhänder einer Färberei-Firma bestellt
 1949: wegen kritischer Haltung zur Entwicklung in der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED) strenge Rüge
 1950: Parteiausschluss, Aberkennung der Rente als *Verfolgter des Naziregimes* (VdN)
 1953: wurde die aberkannte VdN-Rente wieder gewährt

RUDOLF RAUSCH

beispielhaft für typischen Thüringer linken Sozialdemokraten

1906: in Meiningen geboren, Vater Maschinenschlosser
 1920: mit 14 Jahren Mitglied von SAJ und ADGB; nach der Volksschule Lehre als Schriftsetzer
 1923–25: auf Wanderschaft
 1926: mit 20 Jahren SPD-Mitglied in Meiningen, *Freidenkerverband* und *Rote Falken*, Leiter des Unterbezirks Meiningen der SAJ und Landesvorsitzender der *Falken* in Thüringen
 1933: Austritt aus der SPD und illegale Mitarbeit im *Internationalen Sozialistischen Kampfbund* (ISK)
 1937: verhaftet, Zuchthausstrafe bis 1941
 1941: Haftentlassung, Arbeit im Beruf als Schriftsetzer, »wehrunwürdig«
Juli 1945: KPD-Eintritt und Einstellung in die Landespolizei, schnelle Beförderung zum stellvertretenden Landespolizeichef
 1946: Mitglied der SED und nach Erich Reschkes Berufung nach Berlin Chef der Landespolizei; Die vom Ulbricht-Flügel 1948

aufgemachte Forderung nach einer Rolle der Polizei als Werkzeug der Volksdemokratisierung der Gesellschaft unterstützten er und andere Polizeiführer (ehemalige Mitglieder der SPD) nicht. Auf der Sitzung des SED-Landesvorstands im August 1948 wurde Rausch seines Postens enthoben. Innenminister Willy Gebhardt zufolge musste »Gen. Rausch [...] zwangsläufig stolpern, weil er meinte, er könne [...] alleine gehen und bedürfe nur noch ab und zu des Rates der Administration [...] Diese Selbstherrlichkeit bedeutet eine große Gefahr des Abrutschens in den Opportunismus [...]« Ein in Berlin gefordertes Parteiausschlussverfahren konnte in Thüringen verhindert werden.

1949: Abteilungsleiter im Ministerium für Arbeit, später Bezirkssekretär der *Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe* im Bezirk Suhl

1953–1967: 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Hildburghausen

1981: ist Rudolf Rausch gestorben

Auswahl der lieferbaren Publikationen

Mario Hesselbarth: »Gegen das Hissen
der roten Flagge auf dem Rathaus
erheben wir keinen Einspruch«.
Novemberrevolution in Thüringen 1918«,
Jena, 2018 (gegen Porto)

Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/
Manfred Weißbecker (Hg.): Gelebte Ideen.
Sozialisten in Thüringen. Biographische
Skizzen, Jena, 2006 (5,00 Euro + Porto)

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen
(Hg.): Der Nürnberger Prozess. Genutzte
oder vergessene Geschichtslektion?
Jena, 2007 (5,00 Euro + Porto)

Eberhart Schulz: Hermann Brills Zukunfts-
bilder eines demokratischen Sozialismus,
Jena, 2001 (2,00 Euro + Porto)

Manfred Weißbecker: Aversion gegen
das Parteienwesen in Deutschland vor
1933: Quellen und Folgen, Jena, 2010
(2,00 Euro + Porto)

Manfred Weißbecker (Hg.): November
1918. Gesellschaftliche Veränderungen
und Zukunftsentscheidungen, Jena, 2009
(3,00 Euro + Porto)

Bestellung: Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen, Futterstraße 20, 99084 Erfurt,
E-Mail: thueringen@rosalux.org

Impressum

Steffen Kachel: Thüringer Sozialdemokrat*innen
und Kommunist*innen Kontraste. Konflikte
und Kooperationen in der Weimarer Republik

Erfurt, Dezember 2019

Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e.V., Futterstraße 20, 99084 Erfurt,
Telefon: 03641 449432, www.th.rosalux.de
V.i.S.d.P.: Paul Wellsow, Futterstraße 20,
99084 Erfurt

Redaktion: Paul Wellsow
Korrektur: Susanne Haldrich (www.textei.com)
Layout: Uwe Adler, Weimar

Dr. Steffen Kachel

ist Historiker, Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und Vorsitzender des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE in Erfurt. Von ihm erschien u. a. die Studie »Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949« (Köln 2011).